

# Zwei Staaten, eine Stadt

Das Brandenburger Tor geöffnet, die Mauer gebrochen, der Zwangsumtausch abgeschafft – mit atemberaubendem Tempo wächst das geteilte Berlin, im Machtbe-

reich von zwei deutschen Regierungen und von vier Siegerstaaten gelegen, zur Metropole eines Ballungsgebiets mit fünf Millionen Einwohnern zusammen.

Hier wollen wir stille stehen und das Brandenburger Tor und die darauf stehende Viktoria betrachten ... Die Göttin da oben wird Ihnen aus der neuesten Geschichte genugsam bekannt sein: Die gute Frau hat auch ihre Schicksale gehabt; man sieht's ihr nicht an, der mutigen Wagenlenkerin.

HEINRICH HEINE, 1822

Jedes bedeutende historische Ereignis aus den letzten zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte hat an dem klassizistischen Bau mit den zwölf dorisches Säulen Spuren hinterlassen.

Nach dem Sieg über Preußen bei Jena und Auerstedt nahm Napoleon 1806 die Quadriga, die das Brandenburger Tor krönt, mit nach Paris – eine tiefe Demütigung der Besiegten. Acht Jahre später holte Gebhard Leberecht Fürst Blücher, der legendäre „Marschall Vorwärts“, die kupferne Skulptur, ein Vierergespann mit Wagen und Siegesgöttin, nach Berlin zurück.

Nach Adolf Hitlers Machtergreifung 1933 zogen die Braunen mit lodernen Fackeln durch den Triumphbogen. Im

Mai 1945 hißten Soldaten der siegreichen Sowjetarmee die rote Fahne mit Hammer, Sichel und Stern. Am 17. Juni 1953 holten aufständische Ost-Berliner Arbeiter die Flagge herunter, die für sie zum roten Tuch geworden war.

Als der sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow am 27. November 1958 sein Berlin-Ultimatum – Abzug der westlichen Truppen und Umwandlung West-Berlins in eine selbständige politische Einheit – verkündete, startete das Kuratorium Unteilbares



Brandenburger Tor (1946): Spuren aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte

Deutschland die Aktion „Macht das Tor auf“: Mit Sammelbüchsen gingen Politiker und Prominente auf die Straße und verkauften 14 Millionen Anstecknadeln mit dem symbolträchtigen Bauwerk.

Das Brandenburger Tor, aus silbrig schimmerndem Blech geformt, avancierte zum gefühligen Emblem jener deutschen Einheit, die mit dem Dritten Reich untergegangen war – das Wahrzeichen der degradierten Reichshauptstadt stand für die Zusammengehörigkeit der ganzen Nation. „Mit jeder Berlin-Nadel“, sagte der Sozialdemokrat Carlo Schmid, „wollen wir Berlin fester an uns stecken.“

Vor dem Symbol-Tor postierten sich letzten Monat, als die Berliner Mauer brach, Hundertschaften von Reportern auf hydraulischen Hebebühnen und mit Übertragungswagen und Satellitenantennen – den nächsten großen Augenblick wollten sie auf keinen Fall verpassen.

Tage- und nächtelang wartete der Journalistenpulk darauf, daß auch an dieser Stätte von „hohem Symbolwert“, so West-Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper, ein Durchlaß geschaffen werde. Doch Egon Krenz, der kurzzeitige SED-Generalsekretär, zeigte sich wendehalsstarrig: Das sei, sagte er am 19. November, „eine Symbolhandlung, an der ich im Augenblick nicht interessiert bin“.

Exakt einen Monat später, am Dienstag vor Weihnachten, war der Moment gleichwohl gekommen: DDR-Ministerpräsident Hans Modrow kündigte bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Helmut Kohl in Dresden an, nun werde auch das Brandenburger Tor wieder passierbar gemacht – eine „kleine Sensation“, wie ein Reporter des DDR-Fernsehens mit gänzlich unberlinerischem Sinn für Understatement meinte.

„Ein alter Traum“, jubelte dagegen Walter Momper, „ist wahr geworden.“ Rechtzeitig vor Heiligabend wollten Kohl und Modrow, Momper und der Ost-Berliner Oberbürgermeister Erhard Krack – im Quartett unter der Quadriga – das geschichtsträchtige Monument für Ost-West-Passanten freigeben, eine schöne Bescherung zum liebsten Fest der Deutschen.

Das Tor ist offen – vorerst nur einen Spaltbreit, als Grenzübergang für Fußgänger. Neben der symbolischen Dimension dieser Nachricht verblaßte die Mitteilung Modrows, daß die zum Jahreswechsel versprochenen Reiseerleichterungen für Bundesbürger, ohne Visum und Mindestumtausch in die DDR fahren zu können, um acht Tage vorgezogen werden, fast zur Randnotiz.

Kaum faßbar sind für viele, hüben und drüben, die Folgen der rasanten Entwicklung, die seit der Entmachtung Erich Honeckers am 18. Oktober in und



**Bürgermeister Reuter (1948): „Pfahl im Fleisch der Sowjets“**

um Berlin eingesetzt hat. Wieder mal schaut die Welt auf diese Stadt – aber anders als während der Blockade 1948/49, als West-Berlins erster Oberbürgermeister Ernst Reuter mit patriotischem Pathos die Solidarität des freien Westens einforderte.

Nicht nur, daß Berlin – einst Frontstadt des Kalten Krieges, später, in der Ära der Entspannung, in eine politische Randlage geraten – ins Zentrum deutsch-deutscher Annäherung rückt. Hier, wo die Gesellschaftssysteme der beiden Hemisphären aufeinanderprallen, sind die Veränderungen handgreiflicher zu fassen als irgendwo sonst in den zwei deutschen Staaten.

Für die geteilte Stadt, in der die Folgen des von Deutschen angezettelten und verlorenen Krieges am härtesten spürbar waren und die nun schon seit vier Jahrzehnten im Machtbereich von zwei deutschen Regierungen und vier Siegermächten liegt, leuchtet zum erstenmal seit langem wieder die Möglichkeit einer gemeinsamen Zukunft auf: Berlin-Berlin wächst wieder zu Berlin zusammen, zur Metropole von morgen, zumindest zur Kernstadt eines bärenstarken Lebens- und Wirtschaftsraumes mit fünf Millionen Einwohnern, der „größten Region zwischen dem Ruhrgebiet und Moskau“, wie Walter Momper sagt (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 43).

West-Berliner Wanderer an Ost-Berliner Seeufemern, Ost-Berliner Kids in West-Berliner Diskotheken, West-Berliner Makler auf Ost-Berliner Kundenfang – diese Zukunft hat schon begonnen. Mehr scheint nun sehr wohl möglich: ein gesamtberliner Flughafen, ein ge-

samtberliner Olympia, ein gesamtberliner Smog-Alarmplan. Kein Tag vergeht, ohne daß neue Ideen publik werden.

Und jeder Millimeter Fortschritt, der in dieser Stadt erzielt wird, erscheint als Sensation – vor dem Hintergrund jener Jahrzehnte der Zwietracht, als West-Berlin ein „Pfahl im Fleisch der Sowjets“ war, wie Ernst Reuter provozierend formulierte, ein „westlicher Vorort“ Ost-Berlins, wie DDR-Staatschef Walter Ulbricht zurückhohnte.

Aus West-Sicht wiederum war die laut Ost-Diktion „Hauptstadt der DDR“ nichts weiter als der „Ostsektor“. Während sich West-Berlin als „Schaufenster der Freiheit“ (Reuter) empfand, putzte sich die DDR-Kapitale heraus – zu Lasten der Restrepublik, die immer mehr zur Ödnis verfiel.

Sie stichelten gegeneinander, was sich sogar in der bizarren Schreibweise („Westberlin“ statt „West-Berlin“) niederschlug, mit der die DDR auf den Wegweisern der Transitautobahnen den Eindruck einer Nachbarstadt mit eigenständigem Namen zu erwecken suchte – „Orthographie als Mittel einer schleichenden Bewußtseinsbildung“, wie Günter Gaus, Bonns erster Ständiger Vertreter in der DDR, erkannte.

Die beiden Stadthälften ignorierten einander, seit im November 1948 die sowjetischen Behörden einen ihnen genehmen Magistrat eingesetzt hatten – worauf die westlichen Abgeordneten nach West-Berlin umgezogen waren.

Als vor zehn Jahren der damalige Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe (SPD) die östlichen Stadt-Regenten einlud, sich an gemeinsamen Vorbereitungen zur 750-Jahr-Feier Berlins 1987 zu

beteiligen, konterte der Ost-Berliner SED-Chef Konrad Naumann kühl, der Senat solle sich „der Geschichte des Territoriums zuwenden, für das er sich 1948 durch seine Abspaltung freiwillig entschieden“ habe.

Und noch unmittelbar vor dem getrennt begangenen Jubiläum ließ der Ost-Berliner Oberbürgermeister Krack Einladungen des Senats unbeantwortet. West-Berlin, sagte er, „existiert für uns nicht“.

Nur sechseinhalb Kilometer Luftlinie liegen das Rathaus Schöneberg und das Rote Rathaus in Ost-Berlin voneinander entfernt. Doch die beiden Bürgermeister, die von hier aus ihre jeweiligen Stadthälften regieren, nahmen sich vier Jahrzehnte lang einfach nicht zur Kenntnis.

Immerhin: Vor knapp drei Jahren saßen sich die beiden Rathaus-Chefs schon mal unter einem Dach in Sichtweite gegenüber. In der Gethsemanekirche im östlichen Stadtbezirk Prenzlauer Berg lauschten der damalige West-Berliner Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) und sein Ost-Kollege Krack gemeinsam dem Dresdner Bachchor. Aber bei der An- und Abfahrt gingen sie sich demonstrativ aus dem Weg – kein Wort, kein Händedruck.

Acht Monate später, im Oktober 1987, wechselten Diepgen und Krack wenigstens ein paar Worte, als die beiden Halbstadt-Oberhäupter in der Ost-Berliner Marienkirche zusammentrafen. Einmütig spielten sie die Bedeutung dieser ersten Berliner Ost-West-Begegnung herunter: Sie sei „ein ganz normaler Vorgang“, sagte Krack, ein „Stückchen Selbstverständlichkeit“, so Diepgen.

Es dauerte weitere anderthalb Jahre, bis sich das angeblich so Normale wiederholte, doch auch Diepgen-Nachfolger Momper (SPD) ge-

langte nur auf statusrechtlichen Schleichpfaden zu Krack: Als Privatmann, mit einem vom Besucherbüro der DDR in West-Berlin ausgestellten Berechtigungsschein, reiste Momper am 30. Mai im Troß des (West-)Berliner Philharmonischen Orchesters zu dessen erstem Konzert ins Schauspielhaus-Ost – nachdem er eine offizielle Einladung Kracks ausgeschlagen hatte.

Zur diplomatischen Camouflage gehörte auch, daß der Gastgeber bei der Begrüßung seinen Besucher einfach als „Regierenden Bürgermeister“ ohne nähere Ortsangabe anredete und schlicht von „hier“ sprach, wenn er die „Hauptstadt der DDR“ meinte. Trotz soviel Um-

sicht verdächtigte der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner, den Vorsteher des rot-grünen Senats, „bereits mit der Demontage des lebenswichtigen Vermächtestatus“ zu beginnen.

Das protokollarische Versteckspiel ist gerade ein halbes Jahr her. Doch nun, da sich deutsche Geschichte gleichsam im Zeitraffertempo vollzieht, nimmt niemand mehr Anstoß daran, wenn die beiden Amtsbrüder, mal hüben, mal drüben, miteinander konferieren oder zusammen über Weihnachtsmärkte bummeln.

Seit dem 12. November, als sich Momper und Krack am frisch aufgebrochenen Mauerloch am Potsdamer Platz die Hände schüttelten, haben sich die beiden Bürgermeister mehrfach getroffen, um praktische Schritte west-östlicher Kooperation zu verabreden. Am vorhandenen Status der Stadt, zuletzt niedergelegt im Viermächteabkommen von 1971, wollen sie „nicht rütteln“ (Krack); das Abkommen der Alliierten werde „voll angewendet und eingehalten“, versichert Momper.

Am dritten Advent, am Vorabend des Parteitags, den die SPD kurzfristig von Bremen nach Berlin verlegt hatte, um mit einem „Berliner Programm“ statt mit einem „Bremer Programm“ in die neunziger Jahre gehen zu können, stiegen Momper und Krack im Kreuzberger Museum für Verkehr und Technik sogar gemeinsam aufs Podium, um Delegierte und Kongreßgäste zu begrüßen. Demonstrativ beschrieben sie die neugewonnene Normalität: Jeder der beiden Stadtchefs, meinte Momper, habe halt seinen „Amtsbezirk“, und Krack sprach grenzübergreifend einfach von „unserem Berlin“.

Da ist nur konsequent, daß West-Berlin demnächst auch auf Ost-Berliner Stadtplänen nicht mehr als weißer Fleck ausgewiesen wird: Ein Faltblatt des DDR-Reisebüros (Motto: „Auf gute Nachbarschaft“) mit den S- und U-Bahn-Linien beider Stadthälften



Politikerdrogen

E I L T! Heute Vier-Mächte-Konferenz über Berlin

Schwachpunkt Gedächtnis

OptoVit-E Vitamin-E-Kapseln

Santa Fu Naturhauber erschöß Jungen Mann

Erkam vom Weihnachtsmarkt

Montag, 11. Dezember 1989 - 20 Pf

BRIT

Verleger Springer (1959)\*, Springer-Zeitung Bild (Ausriß)  
Schlagzelle aus schwarzrotgoldenen Lettern

\* Bei einer Straßensammlung für die Aktion „Macht das Tor auf“ des Kuratoriums Unteilbares Deutschland.



**DDR-Besucher in West-Berlin\*:** „Eine Stadt mit Umland“

ist in Vorbereitung, noch vor Jahresende soll die erste Gesamt-Berliner Karte in der DDR erscheinen. Die Presseämter der beiden Stadtverwaltungen wollen von Jahresbeginn an täglich Informationen per Kurier austauschen.

Zwei Außerhalbische, wie die Berliner Zugereiste nennen, kitten die Risse, die durch das Auseinanderdriften der beiden Stadthälften nach der erzwungenen Teilung entstanden waren: Der gelernte Politologe Momper, 44, stammt aus dem niedersächsischen Sulingen, der gebürtige Danziger Krack, 58, hat in Rostock eine Installateurlehre absolviert und Wirtschaftswissenschaften studiert.

\* Am Kurfürstendam.

„Das alte Herz Berlins wird wieder schlagen wie früher“, frohlockte Momper, der in diesen gefühlvollen Tagen häufiger als andere Politiker die richtige Tonlage seiner Mitbürger trifft. Nun werde der 28 Jahre lang zwischen Betonmauern eingepferchte Westteil wieder „eine Stadt mit Umland“ und im deutsch-deutschen Umgang zur „Schlüsselregion“. Momper: „Die Inselsituation ist beendet.“

Kollege Krack schwärmt, Berlin könne zu einer „Drehscheibe in der systemübergreifenden Kooperation der Gesellschaftsordnungen, zu einer Säule des künftigen Hauses Europa werden“.

Ein provisorischer Regionalausschuß, der neben Gesamt-Berlin auch die Bezir-

ke Potsdam und Frankfurt/Oder einbezieht, soll unter anderem Fragen des öffentlichen Nahverkehrs und des Straßenbaus, der Güterversorgung etwa mit Frischgemüse und Molkereiprodukten, des Tourismus und des Umweltschutzes erörtern.

Zwischen den Fachressorts des West-Berliner Senats und des Ost-Berliner Magistrats, teilweise auch der DDR-Regierung, sind bereits vielfältige gemeinsame Projekte in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Medizin verabredet. In ungeahntem Tempo tun sich für die neue Metropole Perspektiven und Visionen auf.

So sieht Lufthansa-Chef Heinz Ruhnau neue Chancen im Luftverkehr nach Berlin. Die bundesdeutsche Staatslinie darf zwar aufgrund der alliierten Bestimmungen noch nicht in die ehemalige Reichshauptstadt fliegen. Doch Lufthansa-Planer rechnen damit, daß die Grenzöffnung der Stadt einen gewaltigen Zuwachs im Luftverkehr bescheren wird. Für das nächste Jahrtausend müßte daher schon jetzt ein neuer Großflughafen geplant werden.

Nach Ansicht der Lufthansa-Manager sollte der neue Landeplatz entweder im Norden oder im Süden der Stadt gebaut werden. Für eine Übergangszeit sollten sowohl Tegel im Westen als auch Schönefeld im Osten für den internationalen Flugverkehr geöffnet werden.

Wenn es zu einer Konföderation zwischen der Bundesrepublik und der DDR kommt, sollte nach Ansicht von SPD-Chef Hans-Jochen Vogel selbstverständlich Berlin „Sitz ihrer gemeinsamen Einrichtungen sein“.

Der SPD-Ehrentvorsitzende Willy Brandt regte an, in Berlin eine gemeinsame Investitionsbank für die wirtschaftliche Kooperation mit Osteuropa und eine internationale Umweltbehörde anzusiedeln. Die Fortsetzung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und die Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte legten auch die Einrichtung einer Sicherheitsbehörde nahe. Standort: natürlich Berlin.

Nachdem die Mauer gefallen ist, sind auch der Phantasie keine Grenzen mehr gesetzt. Manche, vor allem aus dem rechten politischen Spektrum, sehen jedoch auch schon wieder Glanz und Gloria früherer Zeiten heraufziehen. Die Kapitale an der Spree, 74 Jahre lang Regierungssitz erst des Kaiserreichs, dann der Weimarer Republik und schließlich der Nazis, könne nun, da die Einheit der Nation näherrücke, wieder zu Hauptstadtwürden gelangen.

Der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Jochen Feilcke verlangte als erster einen Baustopp für den Bundestagsneubau in Bonn. „In einer Zeit, in der der Beton, der Deutschland teilt, ver-

schwindet“, schrieb der Hinterbänkler an Parlamentspräsidentin Rita Süßmuth, „dürfen wir keine teilungsbedingten Provisorien in Beton gießen.“

Den Bundeskanzler forderte Feilcke auf, die Bundeszuschüsse für den rheinischen Regierungssitz auf fünf Jahre zu begrenzen, statt den Bonn-Vertrag um zehn Jahre zu verlängern. Doch Mitte Dezember unterschrieb Kohl einen neuen Kontrakt, Volumen: 1,3 Milliarden Mark, der bis 1999 läuft.

Einen Korb holte sich Feilcke auch von der Bundestagspräsidentin: Selbst wenn Bonn eines Tages seine Hauptstadtfunktion einbüßen sollte, antwortete Rita Süßmuth, dürften „keine Ruinen“ zurückgelassen werden. Der neue Plenarsaal, schlug der SPD-Abgeordnete Peter Conradi vor, könne dann ja immer noch der Universität als Hörsaal dienen.

„Vergeßt Bonn“, empfahl die *Bild*-Zeitung und präzisierte nur im kleiner Gedruckten, daß damit „das Bauen“ am Rhein gemeint sei. Darüber prangte eine Schlagzeile aus schwarzrotgoldenen Lettern: „Berlin wieder Hauptstadt!“

„Deutsche Wiedervereinigung“, beruhigte Rita Süßmuth amerikanische Journalisten, „ist ohne die Mitwirkung der Supermächte überhaupt nicht möglich.“

Daß die Weltkriegssieger auf ihre alten Besatzerrechte pochen, haben sie erst kürzlich demonstriert, als die Bonn-Botschafter der USA, Frankreichs und Großbritanniens sowie der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin am 11. Dezember im Gebäude des Alliierten Kontrollrats, dem ehemaligen Kammergericht in Schöneberg, zusammenkamen – zum erstenmal seit 18 Jahren. Damals legten die vier Mächte fest, daß die „Westsektoren Berlins ... so wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden“.

Vordergründig ging es bei dem nun auf sowjetischen Wunsch anberaumten Gespräch um die Berlin-Initiative des früheren US-Präsidenten Ronald Reagan vom Juni 1987. Er hatte vorgeschlagen, West-Berlin zu einem Luftkreuz „im gesamten Mitteleuropa“ zu machen sowie internationale Kongresse, Jugendaustausch und Sportveranstaltungen, darunter auch Olympische Spiele, in ganz Berlin abzuhalten.

Wegen des alten Reagan-Plans wäre das Botschaftertreffen nicht nötig gewesen: Moskau hatte schon früher signalisiert, daß es nur an Landerechten für die Aeroflot auf dem West-Berliner Flughafen Tegel interessiert ist, alle anderen Punkte aber in Bausch und Bogen zurückgewiesen.

Sowjetbotschafter Wjatscheslaw Kotschemassow machte klar, worum es den großen Vier wirklich ging: um die Re-

spektierung der „territorialpolitischen Realitäten“ in Europa und um die „Bedeutung der Stabilität“. Die Alliierten sind sich einig, daß an der Existenz zweier deutscher Staaten jedenfalls vorerst nicht gerüttelt werden soll.

Daß die Siegermächte fast 45 Jahre nach der Kapitulation des Deutschen Reiches noch immer ein Besatzerregiment führen, bekommen vor allem die Berliner zu spüren. Oberste Autorität in West-Berlin verkörpern nach wie vor die drei alliierten Stadtkommandanten, auch wenn sie der Bevölkerung gegenüber nur selten und am Rande in Erscheinung treten, etwa bei der alljährlichen Siegerparade oder wenn sie in der City militärische Manöver abhalten lassen.

Die Alliierten reden bei der Ernennung der Polizeiführer mit, befehlen das

bare Handlungen gegen die Besatzung“, abgeschafft.

Auch Ost-Berlin steht unter der Fuchtel des großen Bruders – was zuletzt publik wurde, als der sowjetische Stadtkommandant monierte, daß die DDR die Öffnung der Mauer nicht vorschriftsmäßig vorab angezeigt habe.

Ungewiß ist daher auch, ob ein spektakulärer Vorstoß Momper's Erfolg haben wird: seine Forderung nach Direktwahl und vollem Stimmrecht der 22 Berliner Bundestagsabgeordneten, die bislang vom Abgeordnetenhaus, dem Stadtparlament, entsandt werden (*SPIEGEL* 50/1989). Die Sowjets lehnten sogleich ab, die Westalliierten zögern, obwohl sie schwerlich etwas dagegen einwenden können.

Denn: Wenn am 6. Mai nächsten Jahres in der DDR erstmals freie und gehei-



**Vier-Mächte-Botschafterkonferenz\***: „Territorialpolitische Realitäten“

Anzapfen von Telefonen und haben, kraft ihrer Aufsicht über West-Berlins Polizeiapparat, nebenbei auch Zugang zu den bundesdeutschen Fahndungscomputern Inpol und Nadis. Sie können Einspruch gegen die Übernahme von Bundesgesetzen erheben und Berliner Gesetze sogar annullieren.

Rund 4000 Spezialbestimmungen der Siegermächte haben sich seit 1945 über die Berliner ergossen. Das Gros davon, nahezu unbekannt, ist noch in Kraft. Es darf kein Verfassungsgericht existieren, und gegen Entscheidungen der alliierten Behörden gibt es praktisch keine Rechtsmittel – daß voriges Jahr eine „Beschwerdestelle“ eingerichtet wurde, gilt schon als Fortschritt. Erst in diesem Frühjahr wurde der schlimmste Anachronismus, die Todesstrafe für „straf-

me Wahlen zur Volkskammer stattfinden, werden auch die Ost-Berliner direkt mitwählen dürfen – das verstößt zwar gegen den Berlin-Status, doch die Westmächte werden die Einführung der Demokratie nicht behindern wollen. Dann aber, folgert Momper, könne auch seinen West-Berlinern die Wahl zum Bundestag nicht länger verwehrt werden: „Sonst wären wir ja die letzten Deutschen, die nicht wählen dürfen.“

Julij Kwizinski, der sowjetische Botschafter in Bonn, wüßte allerdings noch eine andere Konsequenz, „wenn sich jetzt die DDR demokratisch umgestaltet“ – und sein Vorschlag liefe auch auf ein Groß-Berlin hinaus.

„Wenn neue Wahlen in der DDR stattfinden“, fragte Kwizinski in *Bild am Sonntag*, „welchen Existenzsinn wird West-Berlin dann haben?“

Seine Antwort: „Es wäre nur logisch, wenn West-Berlin wieder eingemeindet wird“ – nach Ost-Berlin.

\* Walters (USA), Mallaby (Großbritannien), Kotschemassow (UdSSR), Boidevaix (Frankreich); am 11. Dezember.